

Neue Hoffnung für den Nahen Osten?

Nach dem Krieg im Libanon herrscht in Israel große Unsicherheit auf allen Ebenen vor: wichtige Institutionen wie die Regierung, die Kadima-Partei und die Arbeitspartei, schließlich auch die Armee sind in tiefen Krisen. Ministerpräsident Olmert steht unter hohem Druck und wird die Krise wohl nur dann politisch überleben, wenn er es schafft, der Öffentlichkeit in Israel Führungsstärke zu demonstrieren und neues Vertrauen und neue Hoffnung zu vermitteln. Bisher hat er dies vor allem mit einem groß angelegten Programm für die Rehabilitation des Nordens Israels versucht. Deutlich ist jedoch, dass ein solches Programm, aber auch die Lösung drängender sozialer Fragen, bei weitem nicht ausreichen wird, langfristig die breite öffentliche Unterstützung für die Regierung zu sichern. Welche Alternativen gibt es für Ministerpräsident Olmert?

Die Bildung einer großen Koalition unter Einbezug rechter Parteien wie Likud und Israel Beteinu wäre eine Möglichkeit, die u. a. innerhalb der Kadima-Partei diskutiert wird. Im Moment sind dafür allerdings die rechten Parteien nicht bereit. Eine solche Koalition würde zwar Mehrheiten sichern, aber auch bedeuten, dass vorläufig keine weiteren Initiativen für einen neuen Ausgleichsprozess mit den Palästinensern und in der Region zu erwarten wären.

Eine weitere Möglichkeit, neue Hoffnung zu vermitteln, wäre ein neuer regionaler Lösungsansatz unter Beteiligung der Palästinenser und der Nachbarstaaten Israels. Ein solcher Ansatz wird u. a. von Teilen des Friedenslagers in Israel verfolgt. Der jüngste Krieg im Libanon hat deutlich werden lassen, wie verzahnt die Probleme in der Region sind. Langfristig wird wohl in einem regionalen Ansatz die eigentliche Lösung zu suchen sein. Ausgangspunkt könnte z.B. eine internationale Konferenz – etwa ähnlich der Madrid-Konferenz von vor 15 Jahren – sein. Aus der damaligen Madrid-Konferenz sind mehrere Verhandlungsstränge entstanden, welche u.a. zum Friedensvertrag mit Jordanien geführt hatten.

Allerdings macht eine solche internationale Konferenz nur Sinn, wenn Syrien einbezogen wird. Der Preis einer Einigung mit Syrien ist bekannt – schon mehrmals waren beide Seiten einem Friedensabkommen sehr nahe. Frieden mit Syrien bedeutet die Rückgabe des Golans – dafür ist derzeit jedoch absolut keine öffentliche Unterstützung in Israel zu erwarten. Der Vater des

jetzigen Präsidenten Assad galt zudem aus israelischer Perspektive als weitaus verlässlicher als sein Sohn.

Auch wenn dieser regionale Ansatz insbesondere ebenso von arabischen Staaten immer wieder einmal ins Gespräch gebracht wird, so ist doch eine Unterstützung für eine solche Initiative von der gegenwärtigen Regierung in Israel – und von den USA – kaum zu erwarten. Israel würde sich hier dem Druck einer Mehrheit am Verhandlungstisch ausgesetzt sehen.

Eher wahrscheinlich und möglich ist eine Initiative im bilateralen israelisch-palästinensischen Verhältnis. Ministerpräsident Olmert hat bereits unkonditionierte Gespräche mit Präsident Abbas angekündigt.

Die jetzt im Entstehen begriffene palästinensische Einheitsregierung aus Hamas, Fatah und Technokraten ist eine große Herausforderung für Israel.

Im Friedenslager sieht man darin eine Basis für Verhandlungen: Endlich gibt es wieder einen Partner, welcher zudem eine breite Basis unter den Palästinensern hat. Die von Saudi Arabien angestoßene Friedensinitiative von 2002, welche u.a. neben dem „Gefangenendokument“ als Grundlage für die Einheitsregierung dient, könnte als indirekte Anerkennung Israels in Grenzen von 1967 gedeutet werden. Außerdem werden darin Lösungsmöglichkeiten beschrieben, z.B. eine verhandelte Lösung für die Flüchtlingsfrage auf der Basis der UN-Resolution 242, welche auch kompatibel sind mit den „Clinton-Parametern“ aus dem Jahr 2000.

Im rechten Lager in Israel sieht man in der Einheitsregierung ein Feigenblatt für die Weiterführung der radikalen Hamas-Regierung und deren Legitimierung - immerhin soll Hanije Ministerpräsident bleiben - und lehnt Verhandlungen strikt ab. Vor allem auch deshalb, weil formal die drei Kriterien des Quartetts nicht erfüllt sind: Anerkennung Israels, Ende der Gewalt, Einhalten aller bestehender Verträge.

Für das Verhalten der israelischen Regierung dürfte wohl entscheidend sein, wie sich die USA positionieren und mit welcher Nachricht Tzipi Livni von ihrem derzeitigen Besuch in Washington wiederkommt. Condolezza Rice hat sich bislang besorgt über das Abbröckeln der internationalen Front gegen Hamas geäußert. Auch das Treffen der EU-Außenminister noch in dieser Woche wird für die Chancen einer internationalen Anerkennung der palästinensischen Einheitsregierung entscheidend sein. Aus palästinensischen Kreisen ist zu hören, dass die EU bereits angekündigt habe, Sanktionen gegen die palästinensische Regierung aufzuheben.

Wie sind diese Entwicklungen zu werten? Alle politischen Führer, die für die Lösung des Problems entscheidend sind, sind derzeit schwach. Alle brauchen sichtbare Erfolge. Neue israelisch-palästinensische Gespräche könnten helfen, neue Hoffnung zu erzeugen, ohne dass sofort Entscheidungen zu treffen wären. Gleichzeitig könnten Gespräche mit dem Palästinensern vom Libanonkrieg und den massiven Folgeproblemen ablenken, welche bis jetzt den innerisraelischen Diskurs bestimmen.

Alle könnten zudem profitieren: Präsident Bush kann sich vor den *mid-terms* als Initiator einer neuen Initiative zeigen, Ministerpräsident Olmert könnte mit

den Verhandlungen die entführten Soldaten zurückbringen und vom Scheitern des einseitigen Rückzugsplanes ablenken - auch mit dem Hinweis darauf, dass er ohnehin auch immer eine Verhandlungslösung vorgezogen habe. Präsident Abbas kann neue Hoffnung bringen, vor allem mit der Beendigung des unhaltbaren humanitären Zustands in Gaza und der Paralyse der staatlichen Institutionen im Westjordanland.

Schließlich hatte auch Tony Blair versucht, diese Wasser auf seine Mühlen zu lenken, indem er bei seinem kürzlichen Besuch neue Verhandlungen mit den Palästinensern forderte. Insofern könnte gerade in der Schwäche wichtiger Akteure in der Region der Grund für einen vorsichtigen Optimismus liegen, sollte daraus eine neue politische Initiative erwachsen. Wie tragfähig eine solche Initiative wäre ist unsicher, sie hängt von der Dynamik des Prozesses ab, welcher damit gestartet würde.

Dr. Lars Hänsel, 14. September 2006